Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim., Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 518. **Donnerstag** den 11. October 1900. **94. Jahrgang.**

Heeresverstärkungen in Spanien.

Die spanische Regierung scheint mit der Absicht einer recht erheblichen Verstärkung ihrer militärischen Macht umzugehen. Das Budget des Kriegsministeriums für das nächste Jahr weist eine Erhöhung um 12 Millionen auf, eine Summe, die an sich nicht bedeutend ist, die aber auch nur die erste Rate für weitere Forderungen bedeutet. Es sind Verstärkungen für Heer und Flotte geplant, deren Durchführung mehrere Hundert Millionen kosten würde.

Wäre diese Vermehrung der Kriegsmacht vor einem halben Jahrzehnt gefordert worden, so wäre das Vorgehen der spanischen Regierung begreiflich erschienen. Damals hatte der cubanische Aufstand eben begonnen, und schon der Anfang der Unruhen auf Cuba enthielt die Mahnung, daß nunmehr Spanien in die letzte Epoche seiner colonialen Stellung einträte. Wäre damals das Heer, und insbesondere die Flotte, verstärkt worden, so hätte möglicher Weise der drei Jahre später ausgebrochene Krieg mit den Vereinigten Staaten einen für Spanien weniger ungünstigen und blamablen Ausgang genommen. Heute läßt sich das Ergebniß dieses Krieges nicht mehr redressiren. Es dürfte wohl nicht sehr Menschen in Spanien geben, die den unsinnigen Gedanken hegen, durch einen neuen Waffengang mit den Vereinigten Staaten die militärische Ehre Spaniens wieder herzustellen und das geraubte Gut zurückzuerlangen. Was aber Spanien gegenwärtig noch an Colonien besitzt, lehnt große militärische Aufwendungen wahrlich nicht.

Auch continentale Verwickelungen hat Spanien kaum zu befürchten. Es grenzt nur an Portugal, ein Land, dessen Verhältnisse noch täglicher sind, als die spanischen, und das sicherlich an einen Krieg mit dem mächtigeren Nachbar nicht denken kann, und an Frankreich. Dies letztere Land hat allerdings wiederholt Absichten auf Spanien gehabt und französische Truppen sind mehr als einmal durch die Pyrenäenpässe gekommen. Aber diese spanischen Unternehmungen sind niemals zum Heile Frankreichs ausgeschlagen. Der spanische Erbfolgekrieg versetzte der im 17. Jahrhundert errungenen prädominirenden Macht Frankreichs einen schweren Stoß, und die genau ein Jahrhundert später von den napoleonischen Soldaten in Spanien geführten Kämpfe trugen zu der Erschütterung und dem schließlichen Ende der napoleonischen Weltherrschaft kaum weniger bei, als Napoleon's russischer Feldzug. Endlich gab bekanntlich noch die spanische Thronfolgefrage den äußeren Anlaß zum französisch-deutschen Kriege, dem unglücklichsten, den Frankreich jemals geführt hat. Diese historischen Erinnerungen legen es Frankreich nahe, sich mit der möglichsten wirthschaftlichen Ausbeutung Spaniens zu begnügen und auf alle politischen Abenteuer zu verzichten.

Kann nun eine Verstärkung des spanischen Heeres mit auswärtigen Aspirationen und der Möglichkeit auswärtiger kriegerischer Abenteuer nicht erklärt werden, so muß man annehmen, daß die Regierung die Heeresverstärkung zu dem Zwecke vornehmen will, um dem inneren Feinde gewappnet gegenübertreten zu können. An einem solchen inneren Feinde fehlt es ja freilich in Spanien nicht: Republikaner, Socialisten, Anarchisten, vor Allem aber die Carlisten, sehnen den Umsturz der bestehenden Verhältnisse herbei. Daneben treten außerdem noch in letzter Zeit besonders die Separatisten hervor, die einzelne Provinzen möglichst unabhängig von der Centralregierung machen möchten. In jedem anderen Lande würde unter solchen Umständen eine Verstärkung der bewaffneten Macht ganz begreiflich und berechtigt erscheinen. In Spanien aber ist das Heer ganz und gar nicht ein sicherer Schutz gegen revolutionäre Umtriebe, vielmehr sind in Spanien oft genug Unruhen vom Heere ausgegangen. So begann die letzte große Revolution in Spanien mit der Unbotmäßigkeit der Artillerie-Officiere.

Es ist demnach beim besten Willen nicht abzusehen, welchen Nutzen die spanische Regierung von der Verstärkung des Heeres zu erhoffen hat. Hingegen ist es schon jetzt gewiß, daß sie von ihrer Absicht Nachtheile haben wird. Denn selbst in den Kreisen der conservativen Partei ist man keineswegs durchgängig erbaut von dem Plane der Regierung, und es heißt, eine ganze Anzahl conservativer Abgeordneter wolle dem Ministerium die Gefolgschaft aufkündigen. Bei der ohnehin sehr geringen Beliebtheit des Ministeriums Silvela könnte diese Absage conservativer Führer sehr leicht den Sturz des Ministeriums herbeiführen. Ob die heute vom Telegraphen verbreitete Nachricht aus Madrid, die Regierung stelle die ihr zugeschriebene Absicht, eine Anleihe aufzunehmen, in Abrede, einen Verzicht auf die Pläne des Kriegsministers bedeutet, kann erst die Zukunft lehren.

Berliner Stadtgespräche.

Ω **Berlin**, 10. October.

Nicht in Ermangelung sonstigen politischen Gesprächsstoffes, sondern weil sie an sich interessant sind, beherrschen zur Zeit Berliner Dinge die Unterhaltung in dieser Stadt und darüber hinaus. Vor allen Dingen der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, in diesem Jahre die Absendung eines Beglückwünschungsschreibens zum Geburtstage der Kaiserin zu unterlassen. Ueber diese Angelegenheit wäre es rasch still geworden, wenn conservative Blätter bei ihrer ersten, sehr vernünftigen Eingebung, die Thatsache mit billigendem Schweigen hinzunehmen, geblieben wären. Aus Gründen, die offenbar in gesellschaftlichen Beziehungen zu suchen sind, hat jedoch die „Kreuzztg.", die anfänglich unverkennbares Verständniß für den Beschluß der Stadtverordneten gezeigt, einen Frontwechsel vollzogen und der „Reichspost" spricht nachträglich von einem „Affront gegen Ihre Majestät". Dadurch wird der Fehler, der im vorigen Jahre mit dem Hereinzerren der höchsten Frau des Landes in die öffentliche Erörterung durch einen Hofbeamten gemacht wurde, wiederholt und zwar abermals ohne jede Aussicht, die öffentliche Meinung in dieser Sache zu Gunsten jener hofmännischen Action umzustimmen. Ganz Berlin billigt die augenblickliche Zurückhaltung der gewählten Vertreter der Stadt und so nachdrücklich die „Kreuzzeitung" jetzt die Meldung in Zweifel zieht, daß „selbst Mitglieder, die am meisten rechts stehen", eine Adresse an die Kaiserin gegenwärtig nicht für zeitgemäß erachten, so ist die Behauptung doch vollkommen richtig. Vor viermal vierundzwanzig Stunden hat dies übrigens die „Kreuzzeitung" auch gewußt, sie glaubte sich aber eines Schlechteren belehren lassen zu müssen. Die Angelegenheit liegt sehr einfach. Frhr. v. Mirbach, der Oberhofmeister der Kaiserin, hat vor Jahresfrist auf eine Geburtstagsadresse, die nach sehr altem Berliner Brauch abgesandt worden war, eine Antwort ertheilt, die ein zweites Mal nicht provocirt werden durfte, wenn man auf die Selbstachtung nicht verzichten wollte. Man braucht die materielle Berechtigung der von dem Hofbeamten der Stadtverordnetenversammlung ertheilten Zurechtweisungen nicht nochmals zu untersuchen, für die Beurtheilung der negativen Berliner Entschließung kann und darf nur die Thatsache in Betracht kommen, daß Herr v. Mirbach auf eine herkömmliche, noch dazu einer Dame erwiesenen Höflichkeit etwas Gegentheiliges hat erfolgen lassen. Das ist des Landes nicht der Brauch und noch weniger ist es Brauch, die Gelegenheit zu geben, daß Derartiges Gewohnheit werde. Der „Reichsbote" meint, Herr v. Mirbach habe weder für seine Person noch für sein Amt sich herausgenommen, an die Stadtvertretung zu schreiben, sondern er habe das lediglich im Auftrage der Kaiserin als deren Cabinetschef, genau dem Willen der Kaiserin entsprechend, gethan. Das ist eine wenig taktvolle Bemerkung des conservativen Blattes und sie ist auch, stofflich, unrichtig. Zwar glaubt man nicht, daß der Oberhofmeister eigenmächtig gehandelt habe, aber die allgemeine Annahme ging und geht dahin, die Anregung zu der ungewöhnlichen Antwort sei nicht von seiner unmittelbaren Herrin, sondern von anderer Seite ausgegangen. Es ist wohl zu beachten, daß bis zum vorigen Jahre Adressen der Berliner Stadtvertretung von den deutschen Kaiserinnen und Königinnen von Preußen regelmäßig persönlich beantwortet worden sind. Die conservative Presse zeigte sich sehr wenig feinfühlig, als sie sich bereden ließ, den zuerst ruhig und mit stillschweigender Billigung hingenommenen diesjährigen Beschluß hinterher anzugreifen. Dadurch ist ein Widerspruch herausgefordert, der es erschwert, künftig zu dem alten Brauche zurückzukehren, dessen gänzliches Einschlafen — und das ist ebenfalls die allgemeine Berliner Meinung — nicht zulässig oder doch höchst bedauerlich wäre.

Es kommt zufällig ein Umstand hinzu, der das Verhalten namentlich der „Kreuzzeitung" fast unbegreiflich erscheinen läßt. Dieses über Berliner Dinge sehr gut unterrichtete Blatt weiß ganz genau, daß sorben eine weitere Hereinziehung der Person der Kaiserin in das öffentliche, nicht ganz unpolitische Gespräch stattgefunden hat und vom Publicum übel aufgenommen worden ist. Man hat, wie wir kurz gemeldet, der Pommerschen Hypothekenbank das Recht verliehen, den Titel und das Wappen als Hofbank der Kaiserin zu führen. Dieser Vorgang erregt nicht nur in den Kreisen der Kenner des Berliner Bodencreditgeschäfts erhebliches Befremden, allerdings am meisten in diesen Kreisen. Aus der so ausgezeichneten Bank heraus wird einem Blatte mitgetheilt, daß Hoftitel und Wappen nur für solange ertheilt worden seien, als zwei bestimmte — namhaft gemachte — Persönlichkeiten den Vorstand der Bank bildeten. Wie man versichert, verlöre die Maßregel des Oberhofmarschallamts der Monarchin durch diese „Einschränkung" nicht das Mindeste von ihrem sonderbaren Charakter.

Harmloser als die Beurtheilung dieses Vorganges ist die Erörterung, die sich an die Antrittsrede des Bürgermeisters Brinkmann knüpft. Wie sich nachträglich herausstellt, soll der neue stellvertretende Stadtherr da und dort deshalb Aergerniß erregt haben, weil man aus seinem „Programm" herauszuhören glaubt, er werde privaten Berliner Verkehrsanstalten nicht das Entgegenkommen gönnen, an das diese Gesellschaften von der Stadt, dem Magistrat, wie von den Stadtverordneten, gewöhnt worden sind. Das wäre nun ein recht schmeichelhafter Verdacht, aber Herr Brinkmann gehört zum Freisinn und deshalb werden die Mächtigen der Großen Straßenbahn und ähnlicher Institute ruhig schlafen können. Er erinnert in nichts an den Papst Sixtus, der, nachdem er zum höchsten Pontifex gewählt worden war, die bis dahin benützten Krücken weggeworfen haben und als ein geradgliedriger Mann einhergegangen sein soll.

Die Theatercensurfrage ist auch eine überwiegend Berlinische, insofern wenigstens, als die neuerdings bekannt gewordenen Eingriffe der staatlich angeordneten Bühnencontrole vor Allem diese Stadt berührt. Jedenfalls haben es die in Mitleidenschaft gezogenen Schriftsteller der Berliner freisinnigen Presse zu verdanken, wenn die Scheu, sich ihrer anzunehmen, nicht weichen will. Es wird in jenen Blättern so viel Nervöses, Excessives vorgetragen, daß der Besonnene sich gern zurückhält. Inzwischen hat die preußische Regierung sich halbamtlich über die Sache vernehmen lassen. Es geht aus ihrer langen Darlegung hervor, daß ihr bei dem Zwange, neue Theaterstücke auf etwaige Anstößigkeit zu prüfen, selbst nicht wohl ist, daß aber auf die Censur nicht verzichtet werden kann. Letzteres ist auch unsere Meinung. Theaterschriftsteller, Theaterdirectoren und Publicum fahren ohne Frage besser, wenn behördliche Bedenken vor der ersten Aufführung, als nach oder gar während derselben zur Geltung gebracht werden. Und sie fahren unseres Erachtens auch besser bei dem gegenwärtigen Verfahren, als bei einem Modus, den Ernst v. Wolzogen empfiehlt, nämlich bei der Uebertragung der Censurbefugniß an einen fachmännischen Areopag, also einen solchen von Schriftstellern. Eine solche Einrichtung würde für die Theaterleute das alte Zunftwesen mit seinem Concurrenzneid aufleben lassen und den Begriff des dramatischen Bönhasen in die Theaterliteratur einführen. Das Beste bleibt wohl der Jurist, aber ein Jurist, der kein homo illiteratus und der ein Mann von Welt ist.

Die Wirren in China.

-ϕ. Das Vordringen der Deutschen auf Poatingfu, also in der Richtung auf Taijuenfu, wo sich der Hof nach neueren Meldungen immer noch befinden soll, hat den chinesischen Machthabern — die Richtigkeit der Mittheilung allerdings vorausgesetzt — neuerlich einen großen Schrecken eingejagt und so kommt schleunigst wieder ein Telegramm, welches über die

Bestrafung der Rädelsführer

endlich näheren Aufschluß giebt, d. h. die Art der Bestrafung verräth. Die Meldung lautet:

*** New York, 10. October. („Reuter's Bureau".) Eine Depesche aus Peking vom 7. d. M. meldet aus glaubwürdiger chinesischer Quelle, die Kaiserin-Wittwe sei in Taijuenfu ernstlich erkrankt. Der Kaiser hatte in der letzten Zeit freie Hand in den Staatsgeschäften. Die zusagende Beantwortung der deutschen Forderungen ist durch Li-Hung-Tschang übermittelt worden. Danach sollen Jinghien, Kangi und Tschaoschutschiao enthauptet, Prinz Tschwang, Herzog Tsailan und Prinz Yü zu lebenslänglichen Kerker verurtheilt und Prinz Tuan verbannt werden nach dem kaiserlichen militärischen Posttrabanten an der sibirischen Grenze als weitere Strafe für die Unterstützung, die er den Boxern angedeihen ließ.**

Wer bürgt aber dafür, daß die chinesische Quelle glaubwürdig ist, wer dafür, daß die zusagende Antwort echt ist? Die Concentration großer chinesischer Truppenmassen im Innern spricht eher dagegen. Auch weiß man offenbar in den Cabinetten der betheiligten Staaten von dieser zusagenden Antwort noch nichts. Und wenn sie wirklich erfolgt sein sollte, so wird von der Beurtheilung bis zur Ausführung der Strafe noch viel, sehr viel Zeit vergehen, zu wahrscheinlich wird sie überhaupt nie erfolgen, wenn die

„Einigkeit" der Mächte

sich weiter wie bisher bewährt. Hier eine neuerliche Probe der nie bestandenen „Harmonie":

*** London**, 10. October. (Telegramm.) **Nach einer Depesche der Morgenblätter aus Tientsin vom 7. d. M. nehmen die Beziehungen zwischen den verbündeten Truppen, namentlich zwischen den Russen und Engländern, einen unfreundlichen Charakter an. Namentlich zwei Vorkommnisse in der jüngsten Zeit sind geeignet, die Beziehungen zu erschweren. Die Engländer waren aufgefordert worden, sich an der Einnahme der Peitang-Forts zu betheiligen, Russen und Deutsche besetzten die Forts aber, ohne auf die Engländer zu warten. In einem anderen Falle handelt es sich um die Vorkommnisse bei der Eroberung von Schan-hai-kwan; die Russen in Port Arthur hatten Vorbereitungen für die Expedition nach Schan-hai-kwan getroffen, als das britische Kanonenboot „Pigmy" ihnen zuvorkam und am 30. September Seesoldaten in Schan-hai-kwan landete. Die Russen erhielten hiervon erst am 2. October Kenntniß.**

Die Note Bülow's vom 1. October

soll nun ja, wie das „Wolff'sche Bureau" aus London nach „zuverlässiger Verlautbarung" berichtet, Lord Salisbury's formelle Zustimmung endlich erhalten haben und der britische Vertreter in Peking soll mit entsprechenden Weisungen versehen sein. Auch hat der französische Minister des Auswärtigen, Delcassé, den Gesandten Pichon in Peking angewiesen, sich mit seinen Collegen behufs Ausführung der in dieser Note enthaltenen Vorschläge in Verbindung zu setzen, allein wir versprechen uns von diesem Zusammenwirken nicht besonders viel, da wir, wie gesagt, nicht daran glauben, daß die Missethäter thatsächlich bestraft werden, und daß, um die Strafe vor den Augen der Gesandten zu erzwingen, die übrigen Mächte außer Deutschland geneigt sein werden, genügende Truppencontingente an die Front zu schicken; sie ziehen ja gerade jetzt den größten Theil ihrer Streitkräfte zurück. Deutschland allein aber kann unmöglich vorgehen. Wir würden uns freuen, wenn wir uns in der Auffassung der Aufrichtigkeit des chinesischen Hofes und der Einigkeit der „Verbündeten" irren, aber nach dem, was bis jetzt geschehen ist, läßt sich verzweifelt wenig erhoffen. Etwas Anderes wäre es, wenn China sich der geschlossenen Energie aller Mächte gegenüber sähe, da aber kapert es eben bedenklich. Ganz neuerdings heißt es, daß England seinen Truppenbestand in Peking nicht reducire, sondern vermehre, das geschieht aber wohl nur, um Deutschland dort nicht selbstständig schalten zu lassen. Im Vordertreffen werden, bisheriger Gepflogenheit getreu, die britischen Truppen nie zu finden sein. Sie dürften die deutschen Actionen eher hemmen als fördern.

Die Panik in Südchina

scheint wirklich zu einem guten Theile auf blindem Lärm zu beruhen. Dem „Berl. Loc.-Anz." wird aus dem Haupthafenplatz am Yangtsekiang durch ein Kabeltelegramm unterm 9. October berichtet: Die Ursache des Alarms in der letzten Nacht ist noch unaufgeklärt. Nach der einen Meldung entdeckte man starke chinesische Truppenmassen in der Umgegend von Shanghai und erwartete einen Angriff von ihnen. Nach der anderen Version hatte der Kriegsrath der Verbündeten die Besetzung des Arsenals beschlossen, wogegen die Chinesen protestirten. Es wurde daraufhin Nachts ein Angriff ins Werk gesetzt; als aber die französische Spitzencolonne das Lager nahe dem Arsenal erreichte, zeigten die chinesischen Truppen sich äußerst freundlich. Die Franzosen befahlen Artillerie; in Reserve standen deutsche, japanische und englisch-indische Truppen, sowie Freiwillige. Sie blieben die ganze Nacht draußen stehen; schließlich kehrte Alles in die Stadt zurück, weil kein Gegner zu finden war. Die Truppen sind indessen noch unter Waffen. Drei deutsche Torpedoboote sind in Wusung eingetroffen.

Aus der Mandschurei.

Mit der Einnahme Mukdens, der Hauptstadt der Mandschurei und des alten Stammsitzes der gegenwärtig in China herrschenden Dynastie, haben die Russen die Eroberung der Mandschurei in der Hauptsache vollendet, und Niemand glaubt wohl, daß sie aus derselben wieder herausgehen werden. Das ist die Entschädigung, die Rußland sich von China zahlen läßt, und wenn es wahr sein sollte, was ein englisches Telegraphenbureau dieser Tage meldete, nämlich daß die Russen in Peking 100 Millionen Dollars erbeutet hätten, dann kann man wohl sagen, daß die „Freundschaft" der Russen den Chinesen sehr theuer zu stehen kommt. Zunächst werden die Russen bemüht sein, ihre Eisenbahnlinien in der Mandschurei zu sichern und da sie nun sich im Besitze aller wichtigen Punkte sind, so wird man wahrscheinlich in der nächsten Zeit nicht viel mehr von Kämpfen in der Mandschurei hören. In der Provinz Petschili aber spielen die Russen die Sanftmüthigen und überlassen das Kämpfen den Deutschen und Engländern.

Zur Frage einer Finanzcontrole

in China schreibt der „Ostasiatische Lloyd": „Die Einnahme der Staatsregierung fließt aus einer Land- und einer Reissteuer, welche direct den Grundbesitz treffen, aus dem Salzmonopol, aus der Stempelsteuer und ähnlichen Abgaben, endlich aus dem sogenannten Likin oder Grenz- und Binnenzöllen, die insgesammt nur etwa 80 Millionen Taels einbringen. Dazu kommen noch etwa 30 Millionen Taels, die der unter europäischer Controle stehende Seezoll abwirft. Aber auch der letztere ist zum Theil bereits an europäische Gläubiger verpfändet.

Die Binnenzölle aber der Likin sind eine arge Plage für den Handel, weshalb schon mehrfach der Versuch gemacht wurde, diese Art der Steuer wenigstens theilweise durch eine Erhöhung der Seezölle zu ersetzen. Selbst wenn hierzu die Mächte ihre Zustimmung gegeben hätten, so stieß schon vor einigen Monaten die bloße Anregung der Abschaffung des Likinsystems auf so hartnäckigen Widerstand bei den Provinzialregierungen sowohl, als in Peking, daß der Plan wieder aufgegeben wurde. Die chinesischen Behörden hätten freilich nichts gegen eine Mehreinnahme durch die Erhöhung des Seezolles einzuwenden gehabt, aber sie glaubten, der Likinzoll unter keinen Umständen entbehren zu können, hauptsächlich weil damit ein Theil der Kosten der Provinzialregierungen gedeckt wird, dann auch, weil durch die Abschaffung des Systems unzählige Beamte brodlos geworden wären. Was von diesen Zöllen noch erübrigt werden kann, nachdem die nothwendigsten Staatsausgaben gedeckt sind und alle Mandarinen ihre „Steuergen" abgezogen haben, würde selbst bei größter Sparsamkeit nicht genügen, um auch nur einen ganz geringen Theil der von China zu zahlenden Entschädigungen zu decken. Man wird also wohl der Ansicht beistimmen müssen, daß Chinas Einnahmen, namentlich bei der Art, wie sie heute eingetrieben werden, für die Entschädigungsfrage nur eine geringe Rolle spielen können. Ganz mit Beschlag belegen kann man sie selbstverständlich auch nicht, denn die Verwaltung eines Reiches von 400 Millionen Einwohnern erfordert Geld, mag sie auch noch so schlecht oder so billig sein, wie sie es thatsächlich heute ist.

Es wird also die Aufgabe der Mächte sein, selbst die Quellen, aus denen die Entschädigungsgelder fließen sollen, zu erschließen, mit andern Worten, eine gründliche Reform des inneren Finanzwesens durchzuführen, wobei nicht ausgeschlossen sein kann, daß auch die Seezölle eventuell eine Erhöhung erfahren. Ob man den Likin beibehält, ob man die Grundsteuer erhöhen oder Monopole zu Gunsten der Staatseinnahmen errichten will, kommt erst in zweiter Linie in Frage; vor Allem handelt es sich darum, die Finanzverwaltung aus den Händen der Mandarinen zu nehmen, und sie tüchtigen europäischen Fachleuten anzuvertrauen."

Die Mächte und England in der Chinafrage.

Aus London, 6. October, wird der „N. Z. Ztg." geschrieben: Es ist sehr schwer, einen leitenden Faden in der Politik der Mächte in China zu entdecken. Man sollte annehmen, daß der Aufschluß Chinas für den Handel der Culturmächte das Leitmotiv aller diplomatischen Schritte sein müsse. Ueber die Art aber, wie dieser Aufschluß erfolgen soll, giebt es ebenso viele verschiedene Auffassungen, wie Einzelinteressen für die zukünftige Gestaltung der Dinge vorhanden sind. Zuweilen begegnen sich in den Verhandlungen ein oder zwei der Mächte in ihren Wünschen, sofort ist man in der öffentlichen Meinung bereit, an eine dauernde Verbindung, an eine gemeinsame Action dieser Mächte zu glauben, aber ebenso schnell läßt sich dann diese Verbindung in Folge über andere Puncte auseinander gehender Ansichten wieder, und wir erleben dann das köstliche Schauspiel, daß alle Welt erklärt: „Ah, nun ist die Einigkeit der Mächte wieder hergestellt." Eine solche scheint uns bis jetzt nur möglich über den Hauptgedanken: Um die Frage der Bestrafung der Rädelsführer der Boxerbewegung, um die Sühne für die Erschlagenen und die Verletzung des internationalen Rechtes. Thatsächlich sind auch nur in diesen Fragen positive Vorschläge bisher gemacht worden; allein auch hier haben sich abweichende Ansichten gezeigt, die für die Verhandlungen der Hauptfrage nichts Gutes voraussehen läßt.

Auf der einen Seite haben wir ein künstliches Gebäude aus allerhand Selbsttäuschungen errichten sehen, von dessen Zinne die Situation beurtheilt wurde. Die Grundlage dieses Gebäudes war die Annahme, daß die Mächte mit China keinen Krieg führen. Auf diesem Fundament erhob sich als erster Stock die weitere Selbsttäuschung, daß die chinesische Regierung von den Boxern vergewaltigt worden, daß die Kaiserin keinen Antheil an der Ermordung der diplomatischen Beamten, der Missionäre und der chinesischen Christen habe. Dann kam die Wahl der Unterhändler, und man ließ sich mit Li-Hung-Tschang, dem Busenfreunde der Kaiserin, ein. Der der westlichen Diplomatie seit langer Zeit verdächtige Vicekönig wurde flugs ein „ehrenwerther Mann". Alle Leute, die auf die Hinfälligkeit eines solchen Gebäudes hinwiesen, wurden von dessen Bewohnern einfach für verrückt erklärt, wie der arme Gesandte Conger, oder sie wurden wegen ihrer Offenheit gemaßregelt und leugneten schleunigst ab, was sie vorhen noch öffentlich und mit dem Brustton der Ueberzeugung gesagt hatten, wie der arme Rockhill. Die Hauptbausteine zu diesem Gebäude des Selbstbetrugs haben die Amerikaner beigetragen, allein auch die Russen haben es daran nicht fehlen lassen.

Auf der anderen Seite standen die dummen Michel, die Mächte, in denen noch ein starkes Wahrheits- und Rechtsgefühl lebt und zunächst für diese Fictionen nicht zu haben waren. In erster Linie Deutschland mit den beiden anderen Dreibundmächten, denen sich aber auch Frankreich anschloß, welches in China große katholische Interessen zu vertreten hat. Diese sahen der Situation Frauen ins Gesicht und nannten die Dinge bei ihrem richtigen Namen. Sie er-

SLUB
Wir führen Wissen.